



0000598364

BRANDENBURG



28.5.1994

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

PROGRAMM

der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands

Landesverband Brandenburg

PROGRAMM der CDU Brandenburg

beschlossen auf dem Parteitag

am 28. Mai 1994

in Strausberg

Überblick

	Seite
I. Unser Selbstverständnis als Christlich-Demokratische Union Brandenburg	6
II. Soziale und ökologische Marktwirtschaft, Wissenschaft und Forschung	9
III. Innere Sicherheit, die Grundlage für ein lebenswertes Brandenburg1	17
IV. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung – Grundlage der Zukunft des Landes	20
V. Entwicklung des ländlichen Raumes – Landwirtschaft	24
VI. Partnerschaft in der Gesellschaft	28
VII. Frauenpolitik der CDU	33
VIII. Kultur, Kunst und Medien	34
IX. Europapolitik	37

Vorwort

Das Land Brandenburg ist geprägt durch die preußische Geschichte. Wir wollen die preußischen Tugenden der Toleranz, des Pflichtbewußtseins, der Opferbereitschaft und der Sparsamkeit bewahren.

Die Verfehlungen und die Verbrechen der deutschen Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben gelehrt, daß Pflichtbewußtsein, Loyalität und Treue mißbraucht werden können, wenn sie nicht eindeutig mit den Menschenrechten verbunden sind.

In der Orientierung an den Menschenrechten, der Demokratie, der Solidarität und dem Gebot des Widerstandes gegen diktatorische Gefährdungen des demokratischen Staates bekennt sich die CDU Brandenburg zu den traditionellen Tugenden, die einen überspannten Individualismus und überzogene Staatlichkeit einschränken und so in Brandenburg die Verwirklichung des einzelnen in der Gemeinschaft gewährleisten können.

Brandenburg ist mit dem 3. Oktober 1990 als eigenständiges Bundesland Teil der vereinigten Bundesrepublik Deutschland geworden. Die Wiedervereinigung der deutschen Nation ist die Grundlage und die Chance für das Land, seine Wirtschaft neu zu organisieren, die Umwelt zu rekultivieren und durch den Fleiß und den Einsatz seiner Menschen eine Gesellschaft aufzubauen, die durch eigene Leistungen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen des Landes schafft.

I. Unser Selbstverständnis als Christlich-Demokratische Union Brandenburg

Das "C":

Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt. Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns nicht der Anspruch, nur innerhalb der Christlich-Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.

In den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften sehen wir unsere Partner. Wir setzen uns für eine staatliche Unterstützung ihrer Vorhaben und Aufgaben ein, die der gesamten Gesellschaft kulturell oder sozial zugute kommen.

Das Prinzip des christlichen Politikansatzes wurde in der leidvollen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und gegenüber der Herausforderung des totalitären kommunistischen Machtanspruches geprägt. Das Christliche bedeutet neben der Berufung auf die Verantwortung vor Gott und die in 2000 Jahren gewachsene geistige Kultur Europas eine scharfe Abgrenzung gegen nationalsozialistischen Rassenhaß und kommunistischen Klassenkampf. Das christliche Politikverständnis setzt dem die Grundsätze der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen, der Solidarität, der Orientierung am Gemeinwohl und der Ehrfurcht vor der Schöpfung entgegen.

Das "D":

Die Demokratie ist die Staatsform, die Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Sorge für eine lebenswerte Umwelt konkret und überprüfbar umsetzen und Machtmißbrauch am besten einschränken kann. Die Demokratie als Verwirklichung der "Volks-herrschaft" besteht auf dem unaufhebbaren Recht, daß jede Frau und jeder

Mann eine politische Stimme hat. Mit dieser Stimme werden in den Kommunen, im Land und auf der nationalen Ebene des Bundes Frauen und Männer gewählt, die auf Zeit Verantwortung bekommen. Die jeweilige Opposition hat während der Amtsperiode das Recht, die Regierenden zu kontrollieren. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben die Aufgabe, Regierungen und Parteien nach deren Amtsperiode zu bestätigen oder abzuwählen. Die Demokratie bedeutet die Verwirklichung einer offenen Gesellschaft, die ständiger Reformen, der Beteiligung möglichst vieler Menschen bedarf und trotz mancher Schwerfällig- und Unzulänglichkeiten die beste Staatsform für den einzelnen und die Gemeinschaft darstellt.

Die CDU widersteht jedem Versuch, die Prinzipien der Demokratie zu beschneiden oder gar abzuschaffen.

Das "U":

Die Kennzeichnung "Union" anstelle der Bezeichnung Partei drückt aus, daß die CDU mehr ist als die reine Interessenvertretung einer bestimmten Gruppe. "Union" heißt, daß sich in der CDU nach dem 2. Weltkrieg und in der Wendezeit der DDR verschiedene konservative, soziale und liberale Strömungen sowie Vertreter unterschiedlicher christlicher Kirchen zu einer politischen Gemeinschaft zusammengeschlossen haben. Zu nennen sind für die Zeit nach 1945 das Zentrum, die DVP, Vertriebenen- und Bauernverbände und für die Wendezeit die Ost-CDU, der DA, die DSU, die DBD und Teile der Bürgerbewegungen. Diese Union versteht sich als große Volkspartei, die für alle Interessengruppen und Schichten einsteht und wirtschaftliche, soziale und ökologische Anliegen berücksichtigt.

Die Brandenburgische Union will den Menschen in Brandenburg aus christlicher Verantwortung dienen, an der politischen Willensbildung des Volkes entscheidend mitwirken und politische Verantwortung im Dienst und im Auftrag der Brandenburger und für ganz Deutschland tragen. Wer in der Brandenburger Union Verantwortung übernehmen kann, hängt ab vom Vertrauen, das ihm die Mitglieder der für die Nominierung zuständigen Parteigliederung entgegenbringen. Jeder wird daran gemessen, ob er die Ziele und Grundsätze der CDU in seinem Wirkungskreis glaubwürdig vertreten kann.

Die Brandenburger Union wendet sich gegen DDR-Nostalgie und Glorifizierung des Sozialismus. Die DDR ist auf Grund des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gescheitert. Der Wesenskern der sozialistischen Ideologie ist

falsch und hat sich in seinen Auswirkungen als unmenschlich und verheerend erwiesen.

Wir stehen auf der Seite derjenigen, die in der DDR unterdrückt wurden und denen die Machthaber das Leben schwermacht haben. Die Mehrheit der Bevölkerung hat das sozialistische System nicht gewollt, mußte sich aber der Diktatur beugen und die Lebensgestaltung an die schwierigen Verhältnisse anpassen.

Unter diesen Bedingungen haben viele trotz allem Hervorragendes geleistet und sich bemüht, die Lebensgrundlagen für die Bevölkerung zu sichern und das Land nicht ganz und gar verkommen zu lassen.

Wenn wir uns gegen den Sozialismus wenden, meinen wir damit keinesfalls, daß alles schlecht war, was die Menschen unter sozialistischen Verhältnissen getan und gewollt haben. Nicht die Menschen, sondern das System war schlecht.

II. Soziale Marktwirtschaft

A. Unser Acht-Punkte-Programm

Die CDU Brandenburg vertritt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen.

Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden in dem Maße erfolgreich sein, wie sie persönlichen Antrieb und Gemeinsinn fruchtbar machen können.

Brandenburg ist als neues Bundesland noch auf Jahre hinaus davon bestimmt, daß in der Zeit von 1945 bis 1989, durch eine "sozialistische" Wirtschaftspolitik, die Konkurrenzfähigkeit fast aller Unternehmen und damit die Grundlagen für hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden sind. Unser Ziel ist es, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Das wird nur dann gelingen, wenn wir technologieorientiert der Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten geben.

Technikfeindlichkeit darf in Brandenburg keine Heimstatt haben. An alte brandenburgische High-Tech-Traditionen muß wieder angeknüpft werden.

Der richtige Weg heißt: Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes, zusammen mit praxisnahen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Erschließung neuer Technologien, Verfahren und Werkstoffe. So können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, so können die Bürger des Landes Wohlstand aus eigener Kraft erwirtschaften.

Brandenburg ist ein eigenständiges, selbstbewußtes Bundesland. Aber bezüglich der Entwicklung und Entfaltung der Wirtschaft, der Regelungen des Arbeitsmarktes und der Gestaltung einer sauberen Umwelt bildet das Land mit Berlin eine regionale Einheit. Unabhängig davon, ob sich Brandenburg und Berlin zu einer Länderfusion entschließen. Brandenburg und Berlin können sich nur miteinander zu einer leistungsstarken Region in Deutschland und Europa entwickeln.

Für die Entwicklung eines leistungsstarken Wirtschafts- und Sozialstandortes müssen in unserer Region acht zentrale Aufgaben erfüllt werden:

1. Das Umland der Bundeshauptstadt muß in enger Zusammenarbeit mit Berlin zu einer Wirtschafts-, Dienstleistungs- und Handelssphäre entwickelt werden, die den Bewohnern Brandenburgs und Berlins gleichermaßen nutzt und die ökologischen und siedlungsbedingten Belastungen der Anwohner wie die verkehrstechnischen Möglichkeiten berücksichtigt. Brandenburg und Berlin brauchen hierfür so schnell wie möglich einen leistungsfähigen Großflughafen, wenn möglich, mit direkter Anbindung an den Transrapid, der vor allem als entscheidender Standortvorteil der Region eine zentrale Stellung im Daten- und Güteraustausch sowie für den Personenverkehr erfüllen kann.

2. Neben der gegebenen Konzentration auf das Gebiet um die Bundeshauptstadt gilt es, die an der Peripherie gelegenen Regionen als leistungsfähige Mittelzentren auszubauen. Schwerpunkte dabei sind die strukturschwachen Landkreise Prignitz und Uckermark, die Regionen um die Städte Schwedt, Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt und die Braunkohle- und Energieregion der Lausitz. Die CDU Brandenburg hat ein energiepolitisches Programm beschlossen. Wir setzen auf Energiesparen und erneuerbare Energien. Braunkohle muß in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten der wichtigste Energieträger des Landes bleiben.

Alte Großfeuerungsanlagen, Hausbrand auf Brikettbasis oder Autoabgase belasten die Qualität der Luft nachhaltig. Um diesen Mißstand zu beseitigen, ist vor allem die Energiepolitik wie folgt umzustellen:

Forschung und Entwicklung für modernste Energiesparttechnologien, Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung bzw. -verlagerung (öffentlicher wie privater Personen- und Güterverkehr), besonders Verlagerung des Transit-Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, Nutzung und Ausbau des Schienen-

verkehrs und ökologisch vertretbarer Ausbau der Wasserstraßen, vor allem durch Einsatz entsprechender fortschrittlicher Schiffstechnologien, die einen weiteren Ausbau der Wasserwege weitgehend überflüssig machen, Einrichtung von Fußgängerzonen sowie Park-and-Ride-Plätzen, Entwicklung und Nutzung kraftstoffsparender und schadstoffarmer Motoren.

3. Die traditionelle Landwirtschaft sowie der Obst- und Gemüsebau sind im Lande verwurzelt. Sie können durch die Nutzung großzügiger Flächen, die Anwendung moderner Vermarktungsstrategien, den Ausbau des Verarbeitungsgewerbes und den Anbau technisch verwertbarer Rohstoffe viele Arbeitsplätze schaffen und so zum Wohlstand des Landes beitragen. Eine gleichberechtigte Behandlung aller Eigentumsformen ist zu gewährleisten.

4. Brandenburg ist reich an See- und Waldlandschaften, deren herbe Schönheit durch reizvolle Kulturdenkmäler wie Schlösser, Kirchen und Klöster, ergänzt werden. Diese Gegebenheiten vor allem für den Tages-, Wochenend- und Kurzurlaubstourismus konsequent auszubauen und ökologisch maßvoll zu entwickeln, kann maßgeblich zur Belebung unterentwickelter Regionen beitragen.

5. Brandenburg braucht als Verbindung seiner Regionen und Mittelzentren sowie zur Verzahnung mit dem Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum Berlin den Ausbau seiner Verkehrswege. Der Ausbau des Schienenverkehrs und des Bundesstraßennetzes, Ausbau und ständige Unterhaltung der Wasserstraßen zur Gewährleistung einer den Anforderungen entsprechenden maximalen Ausnutzung, Güterbeförderung mit der Bahn zu konkurrenzfähigen Tarifen, Beibehaltung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs (auch zu den Erholungsorten der Region) zu verträglichen Preisen, sind hierfür notwendig.

6. Die CDU Brandenburg hat für die Behebung des Wohnungsmangels ein 10-Jahresprogramm erarbeitet. Das bisherige Bau- und Förderrecht des Landes Brandenburg entspricht in keiner Weise den Notwendigkeiten. Wir setzen Prioritäten zugunsten der Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau. Jeder ist förderberechtigt, gestaffelt nach Einkommen und Größe der Sozialwohnung (analog Berliner Förderprogramm). Jeder, der eine Sozialwohnung freizieht, ist ebenfalls förderberechtigt, gestaffelt nach Einkommen und Größe der freizuziehenden Sozialwohnung. Durch die Sanierung von Alt-, GUS- und Plattenbauten werden preiswerte soziale Mietwohnungen entstehen. Wir streben die Vereinfachung des Baurechts an, um den Antragsstau abzubauen, die Wartezeiten für den Antragsteller zu verkürzen und sofort ca.

40.000 neue Arbeitsplätze im Baugewerbe zu schaffen. Es ist unser Ziel, daß sich das Land aus dem Baugenehmigungsverfahren zurückzieht.

7. Die Bildung von persönlichem Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine soziale Notwendigkeit, um den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern. Wir werden eine breite Vermögensbildung am Produktivkapital nur dann erreichen, wenn der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.

Die Eigenkapitalbildung kann verbessert werden, indem die Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen beteiligt und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar gemacht werden. Die Tarifpartner sollten die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, die rechtlichen und finanziellen Bedingungen zu verbessern.

8. Wissenschaft und Forschung

Die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs ist von einer zukunftsorientierten, d.h. technologie-intensiven Wirtschaft abhängig. Dabei nehmen Forschung und Wissenschaft eine Schlüsselrolle ein. Die CDU Brandenburg setzt auf diesem Gebiet folgende Schwerpunkte:

8.1. Die Säulen der brandenburgischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft, nämlich die Universitäten und Fachhochschulen, die außeruniversitäre Grundlagen- und Anwendungsforschung (Max-Planck-Institute, Blaue Liste, Fraunhofer Gesellschaft), - neben der universitären und außeruniversitären Grundlagen- und Anwendungsforschung sind die praxisnahe, beratende Forschung (Ressortforschung von Bund und Land) und die produktorientierte Forschung (Industrieforschung) aufeinander abgestimmt auszubauen und eng zu verflechten. Dabei müssen geeignete Kooperationen und personelle Durchlässigkeit gewährleistet werden.

Die weitgehend zusammengebrochene Industrieforschung muß wiederbelebt werden.

8.2. Die knappen Ressourcen müssen auf zukunftsorientierte und traditionell in Brandenburg beheimatete Forschungsgebiete konzentriert werden. Dazu zählen: Umwelttechnologie und Energieforschung (TU Cottbus), Geo-

ökologie, Ökosystem- und Landschaftsforschung (Uni Potsdam, ZALF Müncheberg), Klimaforschung und Astrophysik (Uni bzw. PIK Potsdam und FAL Müncheberg), Ernährungsforschung (Uni Potsdam, Institut Rehbrücke), Polymerenforschung (Potsdam, Fraunhofer Institut Teltow), Bio- und Gentechnik (verschiedene Standorte), Wissenschaftstransformation und Kulturwissenschaften Osteuropa (Viadrina, Frankfurt/Oder).

Außerdem müssen auch landesspezifische Aufgaben (z.B. ländliche Strukturpolitik und ihre sozioökonomischen Folgen, Forstwirtschaft, Landnutzung) bearbeitet werden.

8.3. Die Effektivität und Innovationspotenz der Forschung ist zu erhöhen. Dazu sind vor allem geeignet:

- Interdisziplinäre Forschung, besonders auf Grenzgebieten,
- Abstimmung zwischen den einzelnen Forschungsträgern (Landesministerien, Land/Bund usw.), um Leerlauf und Doppelforschung zu vermeiden,
- regelmäßige Evaluierung der Forschungsergebnisse.

8.4. Bei der Landesregierung sollte ein Sachverständigenrat zur Ausarbeitung der Forschungsstrategien des Landes, zur Abstimmung laufender forschungspolitischer Aktivitäten und zur Verbesserung der öffentlichen Transparenz neuer Technologien geschaffen werden.

B. Politische Grundlagen für die Organisation des Arbeitsmarktes

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und deren Sicherung hat für uns absoluten Vorrang vor anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen.

Für die CDU Brandenburg gilt: Der Staat ist nicht derjenige, der Arbeitsplätze garantiert. Alle Gesellschaftssysteme, die eine staatliche Arbeitsplatzgarantie geschaffen haben, sind gescheitert. Der Staat kann in der Regel weder für die Produktion noch für deren Absatz sorgen. Der Staat muß aber derjenige sein, der rahmenpolitische Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen festlegt.

Zur Zeit engagieren sich der Bund und das Land mit vielfältigen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt. Der ökonomische Nutzen der Beschäftigung in AB-Maßnahmen ist nicht immer sicher. Sie gehen oft an den langfristigen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei, weil sie nur kurzfristig darauf abzielen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Auch noch so gute Beschäftigungsprogramme können die Priorität der Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Bereich des ersten Arbeitsmarktes nicht ersetzen.

Oberstes Ziel der AB-Maßnahmen muß die Reintegration der darin Beschäftigten in dauerhafte Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft sein. ABM darf keine Konkurrenz für den sich entwickelnden Mittelstand sein. Um neue Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu schaffen, wird eine von der CDU geführte Landesregierung Brandenburg eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen, die die neuen Länder zum Niedrigsteuergebiet erklärt. Der Einkommensteuersatz soll deutlich ermäßigt werden, die Progression wird abgeflacht, der Spitzensteuersatz wird auf 40 % begrenzt. Dadurch würde Unternehmern ein Anreiz zur Betriebsgründung gegeben werden.

Flankierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes sind wie folgt sinnvoll:

Durch Lohnkostenzuschüsse nach dem Vorbild Berlins können mit Hilfe der Landesregierung neue Arbeitsplätze direkt in den Unternehmen geschaffen werden. Hierbei wird der direkte Beschäftigungsanschluß, anders als bei herkömmlichen Arbeitsbeschaffungen, nahtlos möglich. In diesem Zusammenhang müssen die Förderungsmöglichkeiten nach 249 h AFG über den Umweltbereich auch auf andere Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden. Ein Landesprogramm "Zukunft durch Arbeit" mit einem Lohnkostenzuschußesatz von 100 Millionen DM kann zusätzliche Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft einrichten. Die Mittel dafür sollen durch eine neue Prioritätensetzung im Landeshaushalt freigemacht werden und sind speziell für kleine und mittlere Unternehmen bestimmt.

Die bisherigen Versuche, durch Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern und durch gesetzliche Regelungen zu einem Mehr an sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit zu gelangen, sind nicht befriedigend. Als stützende Maßnahmen zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit schlagen wir zeitlich befristete, degressiv gestaffelte Lohnkostenzuschüsse ebenso vor, wie die zeitlich befristete Gewährung des Arbeitslosengeldes in voller Höhe beim Umstieg von einem Vollzeitarbeitsplatz auf einen Teilzeitarbeitsplatz.

Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Steuerhinterziehung verdient besondere Anstrengungen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sozialstaat. In dieser Solidargemeinschaft müssen die Ehrlichen auf die Ehrlichkeit der anderen Gemeinschaftsmitglieder vertrauen können.

C. Sicherung des sozialen Friedens

Soziale Gerechtigkeit kann der Markt nicht allein aus sich bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt Starke und Schwache, Gesunde und Gebrechliche, Glückliche und Unglückliche. Die Lebenschancen sind ungleich verteilt, und auch bei gerechten Chancen wird der Erfolg verschieden sein. Die soziale Marktwirtschaft fügt Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen.

Die Sozialpolitik des demokratischen Staates muß gerade im Osten Deutschlands ihre Überlegenheit gegenüber sozialistischen Einheitsregelungen beweisen. Denn der Aufbau einer Sozialordnung, die sowohl menschlicher als auch praktisch besser zu handhaben ist, befindet sich in Brandenburg noch im Probelauf.

Das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland zählt zu den leistungsfähigsten der Welt. Wir wissen aber auch, daß viele Bürger in Brandenburg durch die Fülle der neuen Regelungen, die Vielzahl der persönlichen Gestaltungsmöglichkeiten und die unterschiedlichsten Wahlentscheidungen verunsichert sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß durch qualifizierte Beratung und Aufklärung die Bürger die Möglichkeit des sozialen Rechtsstaates erkennen und annehmen. Gerade die unnötige Bürokratie stellt eine Barriere zwischen Bürger und Staat dar und ist ein Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung. Deshalb setzt sich die CDU Brandenburg für eine Verwaltungsvereinfachung ein, die aus der Sicht der Menschen agiert und nicht aus der Perspektive der Verwaltung reagiert.

Die kommunale Selbstverwaltung ist eine wesentliche Säule der Demokratie und der föderalen Ordnung auch in Brandenburg. Leistungsfähige Landkreise, Gemeinden und Städte sind die Basis für die Leistungskraft des Landes. Daher wird eine CDU-geführte Landesregierung überprüfen, welche Leistungen des Landes in kommunale Verantwortung und kommunale Finanzierung

zu übertragen sind. Im Zuge der Verwaltungsreform setzen wir uns für eine Reduzierung der oberen Landesbehörden, sowie für die Verteilung der Aufgaben zwischen Land, Kreis und Gemeinden nach dem Prinzip der Subsidiarität ein.

Wir brauchen eine Vereinfachung und Bürgernähe der Verwaltung: Die bisherige Praxis, Transferleistungen, (Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld, Sozialhilfe, usw.) durch verschiedene Ämter zu verwalten, ist nicht mehr durchschaubar, führt zur Verwirrung und trägt dazu bei, daß die Leistungsansprüche oftmals nicht angenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, daß Rentner mit einer kleinen Rente nicht länger wegen des fehlenden Betrages zum Sozialamt gehen müssen, sondern gleich den fehlenden Betrag zu ihrer Rente ausgezahlt bekommen. Dieser Betrag muß aus Steuermitteln ersetzt werden. Die Rente aus einer Hand vermeidet Kosten unbürokratisch und schützt die Würde des alten Menschen. Dieser Vorschlag kann auf Landesebene durch einen Vertrag mit den Rentenversicherungsträgern umgesetzt werden. Der Sozialstaat kann nur so gut sein, wie er auch in der Lage ist, von allen Menschen des Landes - in welcher Lebenslage sie sich auch immer befinden - angenommen zu werden.

III. Innere Sicherheit, die Grundlage für ein lebenswertes Brandenburg

Die Würde des Menschen darf durch die Ohnmacht vor dem Verbrechen keinen Schaden nehmen. Deshalb schuldet der demokratische Rechtsstaat seinen Bürgern ein freies und sicheres Leben. Rechtsstaatlich garantierte Sicherheit schränkt die Freiheit des einzelnen nicht ein, sondern ist ihre Voraussetzung.

Die Bürger Brandenburgs haben, wie die meisten Bewohner der neuen Bundesländer, mit der friedlichen Umgestaltung und der deutschen Wiedervereinigung das Zwangssystem der von der Sowjetunion geschaffenen und von der kommunistischen Einheitspartei ausgeführten Diktatur verworfen. Wegen vielfältiger Unterdrückungen durch das alte System und wegen der Vertuschung der tatsächlichen Sicherheitslage ist die Erinnerung geblieben, daß offenbar bis 1989 die Aufrechterhaltung von "Ordnung und Sicherheit" besser gewährleistet worden ist als heute. Dies ist ein Umstand, der für den demokratischen Staat eine Herausforderung aller ersten Ordnung ist! Die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Friedens- und Freiheitsordnung. Die Ordnung gerät jedoch in Gefahr, wenn das Vertrauen der Bürger in die Durchsetzungsfähigkeit des Rechts schwindet. Weil die Gewährleistung der Inneren Sicherheit zu hundert Prozent in die Zuständigkeit der Landesregierung fällt, liegt hier eine der zentralen Aufgaben der Landespolitik.

Brandenburg ist im Zusammenhang mit der Bundeshauptstadt Berlin, durch seine große flächenmäßige Ausdehnung, die dünne Besiedelung und die lange Grenze zu Polen vor besondere Probleme gestellt. Bandenkriminalität und Autodiebstähle, die ständig ansteigende Zahl von Eigentumsdelikten, Handelsvergehen und vor allem das organisierte Verbrechen im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten und Wirtschaftsverbrechen sind die Felder, die bisher nicht konsequent genug bekämpft wurden und die so das Sicherheitsgefühl der Brandenburger nachhaltig gestört haben.

Um eine hohe Effektivität der Polizei schaffen und den Stand der Inneren Sicherheit immer den aktuellen Erfordernissen anpassen zu können, hat die CDU schon seit längerer Zeit die Aufnahme einer entsprechenden Staatsziel-

bestimmung in die Landesverfassung gefordert. Nur so steht die Landesregierung ständig unter dem Zwang, die Innere Sicherheit auf dem möglichen Höchststand sicherzustellen und die nötigen Haushaltsmittel dafür aufzubringen.

Die Schaffung eines hohen Standards der inneren Sicherheit ist teuer. Da sie aber Voraussetzung für die wirtschaftliche Entfaltung und für die Entfaltung des persönlichen Wohlbefindens der Bürger im Lande ist, tritt die CDU für folgende Punkte mit Nachdruck ein:

1. Um der ernststen Bedrohung durch das organisierte Verbrechen Herr zu werden, muß das dichte Netz datenschutzrechtlicher Bestimmungen ohne Preisgabe wichtiger Schutzgüter in Teilbereichen zugunsten der Strafverfolgungsbehörden gelockert werden. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Eine mißbräuchliche Verwendung von Daten muß jedoch ausgeschlossen sein.

2. Vor allem im Bereich terroristischer und extremistischer Gewalttäter oder organisierter Banden muß eine gezielte Überprüfung und konsequente Handhabung der Häftlingsüberwachung stattfinden.

3. Das Land muß für die Bereiche des organisierten Verbrechens, der Rauschgiftkriminalität, des Radikalismus von rechts und links und bezüglich der Schwerpunkte der Eigentumsdelikte Sonderdezernate einrichten, die mit entsprechender Personalstärke und allen technischen Mitteln eine hohe Aufklärungsquote sicherstellen können.

4. Die polizeiliche Präsenz, der Posten- und Revierdienst und ein flächenmäßig dichtes Netz von Polizeiwachen müssen dafür sorgen, daß die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen hergestellt werden.

5. Der Tatbestand des Landfriedensbruches muß in einer praktikablen und den Belangen effektiver Strafverfolgung entsprechenden Art neu gefaßt werden. Die in den siebziger Jahren von der SPD in der Bundesrepublik geschaffene Praxis ist zu liberal und entspricht den Gefahren der heutigen Zeit nicht mehr.

6. Ausländer, die Straftaten in Deutschland verüben oder an der Vorbereitung von Straftaten beteiligt waren, sind konsequent auszuweisen. Ihre Wiedereinreise muß verhindert werden.

7. Das Strafrecht muß an den Stellen verschärft werden, wo Straftäter unter dem dringenden Verdacht stehen, begangene Straftaten fortzusetzen oder zu wiederholen. Die Gemeinschaft muß vor allem durch Untersuchungshaft vor straffällig gewordenen Personen geschützt werden. Dies gilt insbesondere auch für Wiederholungstäter.

8. Wir bekennen uns zu unserer Polizei. Um jedoch eine noch effektivere Arbeit unserer Polizei ermöglichen zu können, reichen Bekenntnisse nicht aus. Die personelle und materielle Ausstattung sowie eine zweigeteilte Laufbahn muß schnellstmöglich verbessert bzw. umgesetzt werden, um die neue Sicherheit auch zukünftig gewährleisten zu können. Auch in Brandenburg muß es eine Autobahnpolizei geben.

Brandenburg ist ein freiheitlich verfaßtes Bundesland. Seine Innere Sicherheit muß so ausgebaut sein, daß dem Land der Ruf einer sicheren und friedlichen Region mit weltoffener Atmosphäre und einem auch dadurch bestimmten guten Investitionsklima voraussetzt. Nur wenn die freiheitlich verfaßte Demokratie diesem Anspruch genügt, wird sie sich auch dauerhaft im Osten Deutschlands verwurzeln.

IV. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung - Grundlage der Zukunft des Landes

Der Aufbau eines freien, begabungsgerechten und leistungsorientierten Bildungssystems eröffnet dem Land Brandenburg die Möglichkeit, neue Wege zu gehen, Erfahrungen der alten Länder zu berücksichtigen, ohne deren Fehler zu wiederholen. Die europäische Einigung ist neben der Überwindung der Spaltung Deutschlands die zweite große Herausforderung für unser Bildungssystem. Hier geht es um gegenseitige Anregung, inhaltliche Weiterentwicklung, Voneinander-Lernen und Förderung der kulturellen Gemeinsamkeit. Insbesondere die Bildungs- und Ausbildungszeiten sind unter Wahrung der Steigerung der Qualität an europäische Standards anzunähern, um Nachteile für junge Menschen wie für unsere Wirtschaft zu vermeiden.

Erziehung, Ausbildung und Bildung sind wesentliche Grundlagen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Bildung befähigt den Menschen, sein Leben selbständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen, das Leben als Chance zu begreifen und seinen Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden. Zu diesen Rechten und Pflichten bekennen wir uns aus einem christlichen Verständnis des Menschen.

1. Das Schulsystem in Brandenburg

Erziehung vollzieht sich vor allem in Familie und Schule. Die Erziehungsziele von Familie und Schule greifen ineinander und ergänzen sich: Achtung vor der Würde jedes Menschen, ausgeprägter Gemeinsinn, Selbstvertrauen, Bereitschaft zur Eigeninitiative, Leistung und Mitverantwortung, Toleranz, Partnerschaft, Patriotismus und Weltoffenheit, Verantwortung für die Umwelt. Zu den Inhalten gehören sowohl eine eigene Landes- und Nationalgeschichte, wie auch Europa- und Völkerkunde, Grundlage der Demokratie und Fremdsprachen, Orientierung in ethischen und Religionsunterricht, aber auch Bildende Kunst und Musik.

Brandenburg braucht ein gut ausgebautes, leistungs- und schülergerechtes dreigliedriges Schulsystem, das sich wie folgt aufbaut:

Die Grundschule ist der für alle Kinder gemeinsame Bildungsgang in den ersten vier Schuljahren. Sie soll möglichst wohnortnah eingerichtet werden. Im Mittelpunkt steht die Vermittlung der Kulturtechniken. Die Grundschule soll jedem Kind die Möglichkeit geben, seine Begabungen zu entdecken und zu entwickeln. Im dritten Schuljahr kann für alle Kinder die erste Begegnung mit einer Fremdsprache vorgesehen werden.

Nach der Grundschule erfolgt eine zweijährige Orientierungsstufe, die in der Regel an die Grundschule angelagert ist.

Bildungsziel der Hauptschule bzw. des Hauptschulbildungsganges ist es, eine solide Allgemeinbildung zu vermitteln und damit für den Jugendlichen die Grundlage zu schaffen, einen anerkannten Ausbildungsberuf zu erlernen. Die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang erteilen deshalb in methodischer Hinsicht einen besonders anschaulichen Unterricht in allen Fächern und setzt besondere Schwerpunkte im Fach Arbeitslehre/Technik sowie im Anwendungsbereich der Naturwissenschaften. Sie vermittelt solide Kenntnisse in der Mathematik und der Muttersprache, darüber hinaus muß auch eine Fremdsprache erlernt werden.

Die Realschule bzw. der Realschulbildungsgang vermitteln eine solide und breite Grundausbildung, ausgerichtet auf Tätigkeiten und Berufe, die sowohl praktische Fähigkeiten als auch theoretische Einsichten erfordern. Bei der Entwicklung der Lernziele und -inhalte werden daher die Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt stets mit sich gebracht.

Die CDU tritt für ein anspruchsvolles Gymnasium ein, das zu einer breiten und vertieften Allgemeinbildung führt und die allgemeine Studierfähigkeit vermittelt. Das Abitur nach achtjährigem Gymnasialbesuch muß in Zukunft wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit sein. Für die Abiturprüfung sind Deutsch, Mathematik, eine fortgeführte Fremdsprache sowie eine Naturwissenschaft als schriftliche Prüfungsfächer festzulegen, und zwar in einem landesweiten Zentralabitur.

Die berufsbildenden Schulen sind Teil eines anerkannten Ausbildungssystems, in dem der Auszubildende Handlungskompetenz in fachlicher, sozialer und humaner Hinsicht vermittelt bekommt. Die Berufsschule als Partnerin im dualen Berufsausbildungssystem muß attraktiver gestaltet werden, insbesondere durch eine weitere Verbesserung der materiellen und per-

sonellen Ausstattung, eine intensive Intergration moderner Medien in den Unterricht, wie eine Intensivierung des Praxisbezuges. Die Zusammenarbeit von Betrieb und Schule ist zu verstärken.

2. Hochschulen und Wissenschaft

Die deutsche Wissenschaft hat eine lange Tradition und international ein hohes Ansehen. Wichtige Träger der Wissenschaft sind vornehmlich die Universitäten als Ort der Einheit von freier Forschung und freier Lehre. Dazu kommt ein leistungsfähiges außeruniversitäres Forschungssystem. Beide sind wichtige Grundlagen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft und den Standort Deutschland im europäischen und internationalen Wettbewerb. Zwischen beiden muß eine enge Verbindung geschaffen werden, z.B. durch gemeinsame Berufungen sowie Diplomanden- und Doktorandenausbildung. Wir brauchen eine stärkere Differenzierung des Hochschulbereichs unter Wahrung des besonderen Profils der jeweiligen Hochschulart. Im Jahre 2000 muß in Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus Platz für 40.000 Studierende sein. Dabei ist zu gewährleisten, daß die Studenten in einem leistungsorientierten Studium zu wissenschaftlichen Arbeiten und qualifizierter beruflicher Tätigkeit ausgebildet werden.

Die Entwicklung dieses wissenschaftlichen Nachwuchses ist zu beschleunigen. Die Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder nimmt eine Brückenfunktion zu den osteuropäischen Ländern, vor allem auf den Gebieten der Rechts-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften wahr. Die Technische Universität Cottbus sollte vornehmlich auf den Feldern der Energie- und Umwelttechnik eine Pilotfunktion ausüben, während sich die Landesuniversität Potsdam auf die Ausbildung von Juristen, Lehrern sowie auf die Ernährungs-, Geo- und Ökowiedenschaften konzentriert. Ein weiterer Schwerpunkt des Hochschulausbaus sollen die praxisorientierten Studiengänge an dezentralen, überschaubaren Fachhochschulen sein, wobei im Interesse der Begabtenförderung die Durchlässigkeit zu den Universitäten gewährleistet werden muß.

3. Weiterbildung

Der Weiterbildung muß künftig größere Bedeutung beigemessen werden. Die CDU versteht Weiterbildung als berufliche, allgemeine und politische Bildung. Für eine umfassende, sozial wie ökologisch und ökonomisch produktive

Bewältigung des Strukturwandels ist die Weiterbildung zu einer gleichberechtigten vierten Säule im Bildungssystem auszubauen. Das Verhältnis von Aus- und Weiterbildungszeiten im Lebenszyklus muß zugunsten der Weiterbildungszeiten neu verteilt werden. Das zunehmende Gewicht der beruflichen Weiterbildung verlangt eine Neugestaltung der betrieblichen Weiterbildungspraxis. Die Sozialpartner sollten in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen gemeinsam an der weiteren Ausgestaltung arbeiten. Im einzelnen geht es darum,

- zeitliche Mindestansprüche zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für alle Beschäftigten zu regeln,
- die Betriebe dazu zu verpflichten, traditionelle Muster der Benachteiligung und Ungleichheit von Chancen bei der Weiterbildung zu überwinden,
- Betriebe zu qualifikationsgerechter Beschäftigung und der dazu erforderlichen Arbeitsorganisation sowie zu entsprechender Eingruppierung und Entgeltzahlung zu verpflichten,
- die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte bei der betrieblichen Qualifizierungsplanung und bei Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu stärken.

Zur Förderung der Weiterbildungsbereitschaft des einzelnen muß es ein umfassendes System von Informationen und Weiterbildungsberatung geben, bei dem Arbeitsämter, Kammern, Kommunen, Weiterbildungseinrichtungen und Datenbanken zusammenarbeiten können.

V. Entwicklung des ländlichen Raumes

Besonderer Anstrengung bedarf die Entwicklung und Erhaltung des ländlichen Raumes, in dem knapp 50 % der Bevölkerung Brandenburgs leben. Der ländliche Raum ist bedroht von Massenabwanderung, Überalterung und Verödung, und die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, diese Probleme allein zu lösen. Jedoch müssen die Vorteile der überschaubaren Lebensgemeinschaften der Landregionen – z.B. erfahrbarer Naturbezug, größerer Zusammenhalt der Menschen und dadurch geringere Kriminalitätsrate – erhalten werden. Notwendig sind fachübergreifende regionale Förderkonzepte, die der Struktur des Landes Rechnung tragen und Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft schaffen. Vor allem durch die Ansiedlung von Handwerk, Handel, Gewerbe und die Aufgaben der Landschaftspflege können den Menschen und speziell der Jugend auf dem Lande neue berufliche Perspektiven geboten werden.

Wir setzen uns zum Ziel, möglichst rasch und umfassend die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern, d.h. Verkehrs- und Telekommunikationsmöglichkeiten auszubauen, durch gezielte Förderung ein attraktives Angebot an Bildungsinfrastruktur, sozialer und kultureller Einrichtungen zu sichern, damit gute Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen entstehen.

Die wichtigste wirtschaftliche Säule bei der Gestaltung des ländlichen Raumes bleibt aber nach wie vor die Land- und Forstwirtschaft. In diesem Zusammenhang dringt die CDU darauf, daß die Vergangenheit in der Form der Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse gerecht aufgearbeitet wird. Dem Unrecht der Nationalsozialisten und der Kommunisten darf kein neues Unrecht bei der Wiederherstellung der Rechte der Grundeigentümer folgen.

Zwangskollektivierung in den LPG und Enteignungen land- und forstwirtschaftlicher Immobilien sind Unrecht und müssen im Rahmen des Möglichen korrigiert werden. Der Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Die CDU Brandenburg setzt sich für die Wahrung der Chancengleichheit aller Betriebsformen und -größen ein.

Die Voraussetzungen und das Umfeld für die Landwirtschaft in Brandenburg sind gut: Mit Berlin liegt ein kaufkräftiger Markt mitten im Land. Unsere Landwirte sind gut ausgebildet und motiviert. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Betriebsstrukturen hat gute Fortschritte gemacht, um auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig zu sein.

Um die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft sowie die Holzverarbeitende Industrie zu stabilen Wirtschaftszweigen des Landes zu entwickeln, hat die CDU Brandenburg folgende Grundsätze entwickelt:

1. Zukunft hat nur der unternehmerisch handelnde Landwirt, der im Familienbetrieb oder im Mehreigentümerunternehmen wirtschaftet. Zu einem konkurrenzfähigen Wirtschaften gehört stets ein ansprechendes Vermarktungskonzept, das die Aufmerksamkeit und die Abnahmebereitschaft der kleinen und großen Kunden anspricht.
2. Die moderne Landwirtschaft muß im Einklang mit der Natur qualitativ hochwertige Nahrungsmittel produzieren, die von den Verbrauchern nachgefragt werden.
3. Zur Landwirtschaft gehört eine flächengebundene und artgerechte Tierhaltung.
4. Auch die Agrarpolitik der Europäischen Union muß zukünftig günstige Rahmenbedingungen für leistungsfähige brandenburgische Landwirtschaftsbetriebe schaffen.
5. Landwirtschaft und Ökologie sind keine Gegensätze. Sie bilden vielmehr eine naturgegebene Einheit. Die Landschaft in Deutschland ist eine in Jahrhunderten gestaltete Kulturlandschaft, die den Menschen Schönheit und Erholung bietet und von nachfolgenden Generationen noch erlebt werden soll. Die CDU Brandenburg wird mit größtem politischen Einsatz in diesem Sinne wirken, denn erfolgreiche Landschaftspflege und zukunftsorientierter Umweltschutz können nur mit und durch Land- und Forstwirtschaft erreicht werden.
6. Eine zusätzliche Erwerbs- und Entwicklungsquelle ist die Erzeugung und Vermarktung industriell verwertbarer Rohstoffe durch die Landwirtschaft. Hierfür bieten besonders die großen Anbauflächen des Landes hervorragende Möglichkeiten. Der Ausbau dieses Sektors kann Brandenburg einen großen technologischen Fortschritt bringen.

Die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Forschung und Industrie sind dafür unerlässlich.

7. Die Tradition des Gartenbaus in Brandenburg ist zu fördern und wieder auszubauen. Die Märkte für Obst, Gemüse und Zierpflanzen haben an Bedeutung gewonnen. Brandenburg ist in der Lage, vor allem die großen Städte sowie Berlin und sein Umland ausreichend zu versorgen. Mit einer ausreichenden Verarbeitungsindustrie und intelligenten Marketingstrategien sind die Produkte Brandenburgs konkurrenzfähig. Wir dürfen es nicht hinnehmen, daß weiterhin ein großer Teil des Bedarfs durch Importe gedeckt wird.

8. Der Wald prägt das Landschaftsbild Brandenburgs. Er ist mit seinen vielfältigen Natur-, Schutz- und Erholungsfunktionen unverzichtbare Lebensgrundlage der Menschen und Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Der Wald liefert mit der Holznutzung einen umweltfreundlichen und erneuerbaren Rohstoff und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er schafft gerade in den ländlichen Gebieten Arbeitsplätze und sichert Einkommen. Zur Erhaltung funktions- und leistungsfähiger Wälder tritt die CDU für eine nachhaltige und standortgerechte Waldbewirtschaftung ein. Der Wald muß den nachfolgenden Generationen mit allen wirtschaftlichen und ökologischen Funktionen erhalten bleiben. Dies erfordert eine konsequente Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungspolitik.

9. Auch das Fischereiwesen in Brandenburg braucht Pflege und Förderung. Die Fischer und die Anglerverbände tragen mit ihrer Tätigkeit wesentlich zur Gesundheit und Reinhaltung der Gewässer sowie zu einem dem Gewässer entsprechenden artenreichen Fischbesatz bei. Im Bereich der Gewässer sind damit die Fischer für den Umwelt- und Naturschutz unverzichtbare Partner.

Zu einem der wichtigsten Erwerbsträger im ländlichen Raum muß sich die Tourismusbranche entwickeln. Vor allem für den Wochenend- und Kurzurlaubstourismus ist Brandenburg in hohem Maße attraktiv. Hierbei haben die Kommunen und das Land eine besondere Förderungs- und Koordinierungsaufgabe. In besonderer Verantwortung des "C" in unserem Namen verweisen wir darauf, daß die Schöpfung einer fließenden Bewegung unterworfen ist, die keiner ungestraft verändern kann oder darf. Die Natur in ihrer Vielfalt zu erhalten für unsere Nachkommen, ein sinnvoller, aktiver Naturschutz in enger Verbindung mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, Industrie usw., sind Grundsätze unserer Planung und unseres Handelns. Unsere

Generation hat nicht das Recht, das Erbe für die nachfolgenden Generationen bereits jetzt aufzubrechen. Der Tierschutz ist verfassungsrechtlich (Grundgesetz) zu verankern, wie bereits in einem von der brandenburgischen Delegation auf dem Bundesparteitag 1994 in Hamburg eingebrachten Antrag formuliert wurde.

VI. Partnerschaft in der Gesellschaft

Wir wenden uns gegen ein Politikverständnis, das die Menschen voneinander trennt und isoliert. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, daß das Miteinander in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Jung und Alt gehören genauso zusammen, wie Kinderreiche und Kinderlose, um nur einige Beispiele zu nennen.

1. Familie

Die CDU in Brandenburg setzt sich für die soziale Gerechtigkeit gegenüber den Familien ein. Unsere Forderungen richten sich an den Bund, an das Land Brandenburg und deren Kommunen. Auf allen Ebenen verpflichten wir unsere Mandatsträger, sich für die Verbesserung der Lage der Familien einzusetzen. Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft, die Willens und in der Lage ist, den Generationenvertrag solidarisch auszufüllen und damit die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern. Die Rahmenbedingungen für die Familien müssen grundlegend verbessert werden. Deshalb fordern wir im Rahmen des finanziell Möglichen:

- den Familienlastenausgleich zu verbessern und grundlegend zu reformieren,
- ein Landeserziehungsgeld für das 3. Lebensjahr des Kindes,
- ein verstärktes Angebot an Teilzeitarbeit,
- die Verbesserung und Förderung der Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben,
- eine an die Bedürfnisse angepaßte und bezahlbare Kinderbetreuung,
- die Schaffung neuer, versicherungspflichtiger Arbeitsplätze im privaten Haushalt für Erziehung, Pflege und Hausarbeit,
- eine familiengerechte Wohnungspolitik.

2. Jugend

Junge Menschen können heute die Herausforderungen des freiheitlichen Staates als Chance für die Gestaltung ihres Lebens nutzen. In einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs brauchen sie in besonderem Maße Orientie-

rungshilfen für ihre persönliche, eigenverantwortliche Lebensgestaltung innerhalb der Gesellschaft. Die CDU Brandenburg setzt sich dafür ein, daß das Angebot an Lehrstellen erweitert wird, um den Jugendlichen einen Start in die Zukunft bzw. in einen neuen Lebensabschnitt zu geben. Die Brandenburgische Union setzt sich dafür ein, daß die jungen Menschen die Herausforderungen des freiheitlichen Staates als Chance für die freie Gestaltung ihres Lebens annehmen. Sie brauchen aber Orientierungshilfen, damit sich wirklich positive Lebensperspektiven für sie und ihre Familien eröffnen.

Die Kinder- und Jugendhilfe muß sowohl den persönlichen als auch den kommunalen und staatlichen Verantwortungsbereich erfassen. Wenn die kleinen Lebenskreise Familie, Freunde, Nachbarschaft usw., nicht intakt sind, muß durch die Gesellschaft besondere Hilfe gewährt werden.

Die kommunale Ebene hat für die Jugend besondere Bedeutung, weil die jungen Menschen hier am praktischen Beispiel den Erfolg politischen Engagements am ehesten erfahren können. Hier ist der Ort, an dem junge Menschen für gesellschaftlichen und politischen Einsatz gewonnen werden können. Wir werben bei jungen Menschen dafür, daß sie sich trotz oder gerade wegen der negativen Erfahrungen der Vergangenheit aktiv an der politischen Gestaltung unseres Landes beteiligen.

Die Jugend braucht staatliche Hilfen. Diese sollen in Form eines umfassenden Bildungs- und Beratungsangebotes und durch soziale Unterstützungen gewährt werden. Dazu gehört u.a. der internationale Jugendaustausch, Angebote ökologischer, sportlicher, sozialer und politischer Bildung sowie die Möglichkeit der eigenen Beteiligung an der Jugendarbeit.

Die Brandenburgische Union unterstützt auch die freien Träger der Jugendarbeit sowie Projekte und Fördermaßnahmen, die die sportliche, künstlerische, wissenschaftliche oder andere kreative Betätigung für die Jugendlichen ermöglichen.

Die Brandenburgische Union sieht das vorrangige Ziel ihrer Jugendpolitik darin, jungen Menschen zu helfen, ihr Leben in freier Selbstbestimmung und Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und der Schöpfung zu gestalten.

Ein Teil des kulturellen Lebens unserer Gesellschaft, der besonders die Jugend anspricht, wird durch den Sport repräsentiert. Der Sport muß gesellschaftspolitisch und finanziell gefördert werden.

3. Senioren

Für die CDU Brandenburg gilt:

Wir haben Achtung vor der Lebensleistung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie haben die großen Belastungen dieses Jahrhunderts getragen, die Trümmer des 2. Weltkrieges beseitigt und den Wiederaufbau Deutschlands unterstützt.

Unsere Gesellschaft kann auf die Leistungen und Dienste älterer Menschen, ihre Urteilsfähigkeit, ihre Lebenserfahrungen und ihr Wissen nicht verzichten. Altwerden und Altsein ist ein natürlicher Teil unseres Lebens, der vielfach neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Der Generationenvertrag muß daher ausgeweitet und der Solidarität zwischen den Generationen mehr Raum gegeben werden.

Die CDU Brandenburg setzt sich daher ein,

- für Projekte, die einen "produktiven Ruhestand" zum Ziel haben. Innerhalb der Wirtschaft und vor allem im zwischenmenschlichen Bereich sind Angebote zu entwickeln, die die Generationen miteinander verbinden;
- die Selbständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen über mehr Möglichkeiten des familiennahen und altersgerechten Wohnens, Hilfen in der Haushaltsführung, mehr ambulante soziale Dienste, teilstationäre Hilfen und Hilfen in Heimen soweit wie möglich zu bewahren oder wiederherzustellen;
- das ehrenamtliche Engagement mit dem Ziel anzuregen, durch gegenseitige Hilfe das Verständnis der Generationen auch außerhalb des Familienbundes zu fördern;
- den Beziehern kleiner Renten die ergänzende Sozialhilfe zusammen mit der Rente auszuzahlen, um älteren Menschen den Gang zum Sozialamt zu ersparen.

4. Menschen mit Behinderungen

Behinderte Menschen sind gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft. Integration statt Isolation ist der Leitgedanke christlich-demokratischer Behindertenpolitik.

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, behinderte Menschen so zu fördern, daß sie zu einem selbständigen und selbstbestimmten Leben fähig sind. Deshalb wollen wir: den weiteren Ausbau von Früherkennung sowie Frühförderung, ein differenziertes integrierendes schulisches Angebot für behinderte Kinder und Jugendliche, Integration in Ausbildung und Beruf sowie ein Mehr an behindertengerechten Wohnungen, Arbeitsplätzen, Wohngruppen und Wohnheimen für alle Behinderte.

Bei allen planerischen und baulichen Maßnahmen, insbesondere bei der Gestaltung der Städte und Gemeinden, Verkehrswegen und -mitteln sowie öffentlicher und privater Gebäude, müssen bauliche und technische Barrieren vermieden und beseitigt werden.

Die Stärkung der Position und der Ausstattung des Behindertenbeauftragten mit Initiativrecht und Querschnittsfunktion.

5. Politik für Vertriebene

Im Land Brandenburg leben über 200.000 Menschen, die nach dem 2. Weltkrieg durch Flucht oder Vertreibung ihre angestammte Heimat verloren haben.

Diese Menschen und ihre Familien sind besonders hart durch die Folgen der Verfehlung deutscher Politik während der nationalsozialistischen Herrschaft betroffen worden. Der CDU-Landesverband Brandenburg hält es für wichtig, daß über diese Vorgänge immer wieder aufgeklärt wird und daß die Aufbauleistung der Vertriebenen in Brandenburg eine besondere Würdigung erfährt. Wir setzen uns dafür ein, daß der Bund der Vertriebenen auch in Brandenburg eine ausreichende institutionelle Förderung erhält, die sich an den Regelungen in anderen Bundesländern orientiert. Die institutionelle Förderung soll dazu dienen, die Wahrung des Kulturerbes des früheren Ostdeutschlands gewährleisten zu können. Wir setzen uns dafür ein, daß die Vertriebenenproblematik und die 800jährige Geschichte des deutschen Ostens jenseits von Oder und Neiße in den Schulbüchern des Landes den ihr zukommenden Stellenwert als Teil der europäischen Geschichte erhält.

Wir fordern, daß vom Landtag ein Beauftragter für Aussiedlerfragen eingesetzt wird. Dieser Landesbeauftragte soll intensiv mit dem Bund der Vertriebenen in Brandenburg zusammenwirken, um die soziale und kulturelle Ein-

gliederung deutschstämmiger Aussiedler im Lande menschlich bewältigen zu können.

Dem Bund der Vertriebenen, der hierfür die geeignetste Institution ist, ist dafür die nötige organisatorische und materielle Unterstützung zu gewähren.

Der Bund der Vertriebenen hat bereits 1950 in seiner Charta auf Vergeltung und Gewalt verzichtet. Auf dieser Grundlage ist es anzuerkennen und zu fördern, daß er heute eine Brückenfunktion zu den früheren deutschen Ostgebieten wahrnimmt, um gemeinsam mit der heute ansässigen Bevölkerung auf friedlicher und freundschaftlicher Basis Kultur- und Sozialarbeit zu leisten sowie an der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte mitzuwirken.

Die CDU steht dafür ein, daß Brandenburg ein weltoffenes und fremdenfreundliches Land ist. Menschen anderer Nationalität bereichern unser Leben, egal, ob sie als Touristen, Gäste oder für einen dauerhaften Aufenthalt nach Deutschland kommen. Wir wollen, daß denjenigen Asyl gewährt wird, die in ihren Heimatländern um Leib und Leben fürchten müssen. Wir wenden uns jedoch gegen den Mißbrauch des Asylrechts aus rein wirtschaftlichen Gründen. Die Integration ausländischer Mitbürger ist ein selbstverständliches Anliegen. Ausländern, die seit langem in Deutschland leben oder hier geboren sind, soll die deutsche Staatsangehörigkeit gewährt werden. Wir können nur so viel Ausländer aufnehmen, wie wir auch integrieren können.

VII. Frauenpolitik der CDU

Die Gleichberechtigung der Frauen und Männer muß in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Familie, in der schulischen und beruflichen Ausbildung, in der Arbeitswelt, in gesellschaftlichen sowie politischen Organisationen stärker umgesetzt werden. Gleichberechtigung heißt: mitwirken, mitgestalten, mitentscheiden.

Die CDU Brandenburg setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer frei und unabhängig von ökonomischen Zwängen entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Arbeit in der Familie oder der außerhäuslichen Berufsarbeit widmen, oder ob sie Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander verbinden möchten.

Partnerschaft ist unser Leitbild für den Interessenausgleich zwischen Frauen und Männern. In der Aufgaben- und Funktionsteilung in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen müssen sich auch die gesellschaftlichen Leistungen, die Frauen erbringen, widerspiegeln. Die CDU Brandenburg setzt dabei auf die Frauen selbst und unterstützt ihr Engagement. Dirigistische Maßnahmen, wie z.B. Quotenregelungen, halten wir nicht für notwendig, weil sie letztlich kein Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit der Frauen bedeuten. Nicht die Geschlechtszugehörigkeit, sondern einzig persönliche Eignung und Leistung sollen Bewertungskriterien sein.

Schlüsselprobleme, die überwunden werden müssen, sind nach wie vor die zu geringe Anerkennung der Familien- und Erziehungsarbeit, die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Schwierigkeiten beim Einstieg oder Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Familienphase sowie der Abbau immer noch bestehender Vorurteile auf Seiten der Arbeitgeber. Besonders alleinerziehende Frauen brauchen Unterstützung bei der Unterbringung der Kinder und für Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in ihrer beruflichen Entfaltung. Bei dem Schritt zur beruflichen Selbständigkeit, z.B. Firmengründung, sollten die Frauen mit allen Möglichkeiten unterstützt werden.

VIII. Kultur, Kunst und Medien

1. Kultur und Kunst

Die Brandenburgische Union setzt sich für die Erhaltung der kulturellen Vielfalt Brandenburgs ein. Diese fördert die auch während der deutschen Teilung nicht erloschene deutsche Kultur, da diese die Wertvorstellungen, die Sitten und das Selbstverständnis aller Deutschen bestimmt.

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst, gleichermaßen bezogen auf die Wahl ihrer Mittel und Ausdrucksmöglichkeiten, wie auf Ihre politisch relevanten Aussagen, soweit sie sich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit richten, denen unsere Verfassung verpflichtet ist. Dies zeigt sich in ihren Themen, ihrer Tradition und ihrem Gesellschafts- und Menschenverständnis. Diese Tradition hilft dem einzelnen, den Sinn für das eigene Leben zu bestimmen.

Die Grundsubstanz institutioneller Kultur zu gewährleisten und die Kunst unserer Gegenwart zu unterstützen, ist Pflicht der öffentlichen Hand. Die Kulturförderung des Bundes muß angesichts der Wiedervereinigung den Belangen der Kulturnation Rechnung tragen. Aber Kulturförderung ist nicht allein staatliche Aufgabe. Die subsidiäre Förderung von einzelnen Initiativen muß in Zukunft verstärkt werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Fördervereine, Künstlerinitiativen, Mäzene und Sponsoren verbessern.

Die Einrichtungen der interpretierenden Kunst (Theater, Orchester, Filmbühnen usw.) sind die Stätten lebendiger Kultur, die Brücken zwischen Überliefertem und der Gegenwart schlagen, die den Sinn für unsere Traditionen stärken und sich andererseits mit dem sich ändernden Selbstverständnis unseres Landes und unseres Volkes auseinandersetzen.

Museen und Denkmäler müssen erhalten und gepflegt werden, denn sie vertiefen als Zeugen unserer Vergangenheit unsere Lebensbezüge und das Gegenwartsverständnis. Sie bilden damit eine wesentliche Ergänzung zur Arbeitswelt. Jedoch jede Kultur, die nur von den Leistungen der Vergangenheit lebt, erstarrt. Deshalb ist die zeitgenössische Kunst und Kultur in ihrer Breite zu fördern.

Die Musik- und Kunstschulen des Landes müssen gefördert werden, da hier

die menschenbildenden Ansprüche der Kunst im Einklang mit der Erziehung allgemein geistiger und körperlicher Fähigkeiten erfolgen. Die CDU hält es für erforderlich, daß sich das Land in festgeschriebenen Größenordnungen dauerhaft an der Finanzierung kommunaler Musik- und Kunstschulen beteiligt.

Förderung verdient auch die Volks- und Breitenkultur: Jugendkulturstätten, Kultur- und Heimatvereine sowie die Pflege der brandenburgischen Kulturlandschaften.

Die Erneuerung der Bibliotheksbestände auf wissenschaftlichem, berufsbildendem Gebiet sowie im Bereich der Unterhaltungsliteratur ist entscheidend für die Entwicklung eines attraktiven und modernen Brandenburg.

Die Filmförderung ist eine Aufgabe, die der CDU Brandenburg besonders am Herzen liegt, da mit dem ehemaligen UFA- bzw. DEFA-Gelände in Potsdam-Babelsberg ein traditionsreicher und leistungsfähiger Filmstandort besteht. Da es in Deutschland an einer unverwechselbaren deutschen Filmkultur mangelt, ist für Babelsberg eine nationale Förderung dringend nötig. Wir setzen uns dafür ein, daß sich der Bund hier stärker als bisher engagiert und dabei Babelsberg wieder ein Standort wird, der dazu beiträgt, daß deutsches Filmschaffen wieder seinen Rang im Konzert des internationalen Films bekommt.

2. Die Medien

Wir treten für die Beibehaltung des dualen Systems von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ein. Die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist aber abhängig von einer anspruchsvollen Wahrnehmung der Grundversorgung, mit der er einen unersetzbaren Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur leisten kann. Zur Erfüllung dieses Auftrages ist nicht nur die Beibehaltung der Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen notwendig, sondern die Bereitschaft zur Reform durch effiziente und kostengünstige Organisationsformen. Dabei sind der Schutz der Menschenwürde, der Jugend und des fairen Wettbewerbs der Programme sicherzustellen.

Wir wenden uns gegen Medienkonzentrationen, welche die Pluralität der Meinungen und den Erhalt des Wettbewerbs gefährden.

Wir fordern und unterstützen eine gesellschaftliche Verständigung über eine

Medienethik, die sowohl medienerschaffende als auch Mediennutzer in ihre Verantwortung einbezieht. Im Mittelpunkt muß die Ehrfurcht vor dem Leben, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog stehen. Eine so verstandene Medienethik fordert Unparteilichkeit, Offenheit, Selbstkritik, Fairneß und Wahrhaftigkeit. Sie machen den Kern publizistischer Verantwortung bei der Wahrnehmung der Dienstleistungsaufgabe Information aus.

IX. Europapolitik

Mit der Wiedervereinigung ist auch Brandenburg neben den anderen ost-deutschen Ländern integraler Bestandteil der Europäischen Union geworden. Sie hat Brandenburg bereits viele wirtschaftliche Perspektiven eröffnet und hilft mit vielfältigen Strukturmaßnahmen und finanziellen Zuweisungen beim Aufbau des Landes.

Der erreichte Stand der europäischen Integration wird von der CDU Brandenburg begrüßt. Mit dem Vertrag von Maastricht ist der Weg dafür geebnet, daß die in der Europäischen Union vertretenen Völker ihre Wirtschafts- und Handelspolitik gemeinsam gestalten und auf dem Weltmarkt besser konkurrieren können. Die CDU Brandenburg setzt sich insbesondere dafür ein, daß die in Maastricht vereinbarte enge außen- und sicherheitspolitische Kooperation für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa umgesetzt wird. Nur dann, wenn es eine entscheidungsfähige europäische Sicherheitsgemeinschaft gibt, werden nationale Egoismen überwunden werden können, und nur so kann Europa zu einem entscheidenden Faktor innerhalb der NATO und bei friedenserhaltenden Maßnahmen in der Welt werden.

9. Brandenburg liegt am östlichen Rand der Europäischen Union. Wir haben daher ein besonderes Interesse daran, daß die Oder nicht auf lange Sicht eine wirtschaftspolitische Grenze bildet, die unsere ost- und südosteuropäischen Nachbarnationen ausschließen. Wir haben nicht vergessen, daß gerade von Polen immer wieder entscheidende Impulse für die Europäische Freiheitsbewegung ausgegangen sind. Deutschland und insbesondere Bundesländer wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder Bayern müssen sich dafür einsetzen, daß neben dem vertiefenden Ausbau der Europäischen Union im Westen deren Erweiterung nach Osten mit gleicher Intensität betrieben wird. Besonders Polen, Ungarn sowie die Tschechische und die Slowakische Republik sollten so schnell wie möglich Zugang zum Wirtschaftsmarkt der Europäischen Union erhalten und schrittweise in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. Personenaustauschprogramme, grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei konkreten Projekten wie Regionalplanung, Umweltschutz oder gemeinsame Bildungsgänge, können und müssen diesen Prozeß unterstützen.

In den Bereichen Justiz und Inneres muß die Politik in ganz Europa so schnell wie möglich aufeinander abgestimmt werden. Nur eine gemeinsame Asylpolitik, die grenzüberschreitende Verfolgung der Straftäter und gemein-

